

**Niederschrift
über die 51. Sitzung des Finanzausschusses**

Sitzung am :	Donnerstag, den 19.06.2014
Sitzungsort:	Rathaus, Zimmer 154 b

Beginn: 16:30 Uhr **Ende:** 18:15 Uhr

Anwesenheit:

Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Ralf Oberdorfer

Bemerkungen

Stimmberechtigtes Mitglied

Frau Yvonne Gruber
Herr Klaus Jäger
Frau Petra Rank
Herr Dieter Rappenhöner
Herr Benjamin Zabel

Beratendes Mitglied

Herr Jochen Stüber
Herr Gerd Zeune

anwesend ab TOP 2

Stellvertretendes Mitglied

Herr Dirk Brückner
Herr Thomas Haubenreißer
Herr Rainer Maria Kett

Vertretung für SR Grimm
Vertretung für SRin Knabe
Vertretung für SR Stubenrauch
anwesend bis TOP 6.2

Abwesende:

Stimmberechtigtes Mitglied

Herr Helko Grimm
Frau Kerstin Knabe
Herr Bernd Stubenrauch
Herr Fraktionsvorsitzender Hansjoachim Weiß

entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt

Beratendes Mitglied

Herr Volker Friese
Herr Uwe Heidenfelder
Herr Hans Peller
Herr Helmut Putz
Herr Wolfgang Stark

entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
unentschuldigt
unentschuldigt

Mitglieder der Verwaltung

Name	Funktion	Anwesenheitsgrund
Herr Täschner	Bürgermeister GB I	Leitung Sitzung ab TOP 7
Frau Göbel	FBL Finanzverwaltung	gesamte Sitzung
Herr Uebel	Leiter Rechnungsprüfungsamt	gesamte Sitzung
Herr Sorger	Beauftragter f. Wirtschaftsförderung und Marketing	TOP 4.1, TOP 7.1
Herr Armbruster	kaufm. Leiter Eigenbetrieb GAV	TOP 7.2
Herr Ullmann	FGL Tiefbau	TOP 3, TOP 4.2
Frau Mocker	FG Gesamthaushalt (Anlagenbuchhaltung)	TOP 4.4
Frau Myrczek	Gleichstellungsbeauftragte	

Tagesordnung: öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
 - 1.1. Tagesordnung
 - 1.2. Beantwortung von Anfragen
2. **Information**

Genehmigte über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen
Drucksachennummer: 931/2014
3. **Beschlussfassung**

Bereitstellung von überplanmäßigen Aufwendungen für die Hochwasserschadensbeseitigung Juni 2013
Drucksachennummer: 920/2014
4. **Vorberatung**
 - 4.1. Verlängerung Einzelhandelskonzept
- Antrag der SPD- Fraktion zum Einzelhandelskonzept, Reg.-Nr. 282-14, Stellungnahme der Verwaltung
Drucksachennummer: 932/2014
 - 4.2. Bereitstellung außerplanmäßiger Auszahlungen für Maßnahmen Hochwasser Juni 2013 - hier Dorfstraße OT Meßbach
Drucksachennummer: 930/2014
 - 4.3. Bereitstellung außerplanmäßiger Auszahlungen für Baumaßnahmen am Komturhof
Drucksachennummer: 935/2014
 - 4.4. Feststellung der Eröffnungsbilanz der Stadt Plauen zum 01.01.2013
Drucksachennummer: 914/2014
 - 4.5. Änderung des Gesellschaftsvertrages der Plauener Straßenbahn GmbH
Drucksachennummer: 919/2014
5. Verschiedenes

1. Eröffnung der Sitzung

Die 51. Sitzung des Finanzausschusses wird von Oberbürgermeister Oberdorfer durch die Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit eröffnet und geleitet.

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift werden Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE., und Stadträtin Yvonne Gruber, CDU-Fraktion, gebeten.

1.1. Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen bestätigt.

1.2. Beantwortung von Anfragen

Keine offenen Anfragen.

2. Information

Genehmigte über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen
Drucksachenummer: 931/2014

Keine Diskussion.

Information:

Der Finanzausschuss der Stadt Plauen nimmt die gemäß der Anlage im Zeitraum vom 13.05.2014 bis 26.05.2014 für das Haushaltsjahr 2014 genehmigten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen zur Kenntnis.

3. Beschlussfassung

Bereitstellung von überplanmäßigen Aufwendungen für die Hochwasserschadensbeseitigung Juni 2013
Drucksachenummer: 920/2014

Keine Diskussion.

Beschluss:

Der Finanzausschuss der Stadt Plauen beschließt die Bereitstellung von überplanmäßigen Aufwendungen i. H. v. 75.250 EUR für die Hochwasserschadensbeseitigung Juni 2013 zum Budget der SAB (27.225 EUR Erhöhung laut bestätigtem Wiederaufbauplan vom 09.12.2013 und 48.025 EUR aus geringerem investiven Anteil).

Abstimmungsergebnis: 9 JA-Stimmen; 0 NEIN-Stimmen; 0 Stimmenthaltungen

4. Vorberatung

4.1. Verlängerung Einzelhandelskonzept

- Antrag der SPD- Fraktion zum Einzelhandelskonzept, Reg.-Nr. 282-14,

Stellungnahme der Verwaltung

Drucksachenummer: 932/2014

Oberbürgermeister Oberdorfer schlägt vor, die einzelnen Punkte des Antrages der SPD-Fraktion im Finanzausschuss nicht erneut zu behandeln und abzustimmen, da die inhaltliche Debatte dazu schon in den vorherigen zwei Ausschüssen stattgefunden hat.

Stadtrat Rainer Maria Kett, Vorsitzender der SPD-Fraktion, merkt an, dass die Entscheidung, Teile des Antrages zurückzuziehen, aus der Situation heraus getroffen und in der Fraktion so nicht diskutiert wurde.

Stadtrat Thomas Haubenreißer, FDP-Fraktion, fragt, ob die Mehrkosten in Höhe von 2.195 EUR mehr werden, wenn sich das Einzelhandelskonzept verlängert und andere Anträge dazu kommen?

Herr Sorger, Beauftragter für Wirtschaftsförderung und Marketing, erläutert, dass dies die Kosten sind, die durch die Diskussion der verschiedenen Varianten der Bahnhofstraße entstanden sind. Er fügt hinzu, dass die Erstellung des Gutachtens in dem Finanzrahmen enthalten ist.

Oberbürgermeister Oberdorfer behandelt nach Rücksprache mit den Ausschussmitgliedern den Antrag der SPD-Fraktion nicht und lässt nur die Vertragsverlängerung und die Mehrkosten des Einzelhandelskonzeptes abstimmen.

Die Mitglieder des Finanzausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage mit der Drucksachenummer 932/2014 einstimmig zu.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt,

- 1. die Verlängerung der Laufzeit des 2007 vom Stadtrat beschlossenen Einzelhandelskonzeptes bis zum Beschluss der Fortschreibung des neu erstellten Einzelhandelskonzeptes durch den Stadtrat, jedoch längstens bis 31.12.2014.**
- 2. überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen in 2014 für die Fortschreibung des Einzelhandelskonzeptes in Höhe von 2.195,55 €.**

Abstimmungsergebnis: 9 JA-Stimmen; 0 NEIN-Stimmen; 0 Stimmenthaltungen

4.2. Bereitstellung außerplanmäßiger Auszahlungen für Maßnahmen Hochwasser Juni 2013

- hier Dorfstraße OT Meßbach

Drucksachenummer: 930/2014

Keine Diskussion.

Die Mitglieder des Finanzausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage mit der Drucksachenummer 930/2014 einstimmig zu.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Bereitstellung außerplanmäßiger Auszahlungen i. H. v. 91.920,56 EUR für die Beseitigung von aus dem Juni-Hochwasser 2013 entstandenen Schäden an der Dorfstraße in Plauen, OT Meßbach.

Abstimmungsergebnis: 9 JA-Stimmen; 0 NEIN-Stimmen; 0 Stimmenthaltungen

**4.3. Bereitstellung außerplanmäßiger Auszahlungen für Baumaßnahmen am Komturhof
Drucksachenummer: 935/2014**

Oberbürgermeister Oberdorfer erklärt, dass es ein Bundesprogramm gibt, bei dem besondere Denkmäler mit einer 90% Förderung vorangebracht werden könnten. Er erläutert, dass er sich verpflichtet sieht, dies den Stadträten, trotz der angespannten Haushaltssituation, anzubieten. Er merkt an, dass er nicht weiß, ob und in welchem Umfang die Bundesmittel fließen können, aber dass er empfehlen würde, dies zumindest zu versuchen. Abschließend äußert er, dass die Toilettenanlage herausgerechnet wurde, da diese vermutlich nicht förderfähig ist und auch erst später gebaut werden kann.

Stadtrat Dieter Rappenhöner, Vorsitzender der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, fragt, ob die Planung schon so weit ist, dass eine Vergabe stattfinden kann und merkt an, dass in der Vorlage die Rede von einer Förderung in Höhe von ca. 80% ist?

Oberbürgermeister Oberdorfer antwortet, dass die Planung soweit gemacht wurde, wie es für die Fördermittelbeantragung notwendig ist, aber natürlich fortgeführt werden müsste.

Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE., findet die Maßnahme sehr verlockend, auch weil der Komturhof eines der ältesten Gebäude(reste) der Stadt Plauen ist. Er spricht sich dafür aus, es zu probieren.

Frau Göbel, FBL Finanzverwaltung, weist darauf hin, dass auch auf die Folgekosten geachtet und deshalb von einer Ganzjahresnutzung abgesehen werden sollte.

Die Mitglieder des Finanzausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage mit der Drucksachenummer 935/2014 einstimmig zu.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Bereitstellung außerplanmäßiger Auszahlungen in Höhe von 481.800,00 EUR für Baumaßnahmen am Komturhof für die beantragten Baumaßnahmen, wenn die in Aussicht gestellte Förderung durch Bund und Land bewilligt wird.

Abstimmungsergebnis: 9 JA-Stimmen; 0 NEIN-Stimmen; 0 Stimmenthaltungen

**4.4. Feststellung der Eröffnungsbilanz der Stadt Plauen zum 01.01.2013
Drucksachenummer: 914/2014**

Frau Göbel, FBL Finanzverwaltung, erläutert, dass Plauen in Hinblick auf die Eröffnungsbilanz eine gut aufgestellte Stadt ist, die sich auf dem Niveau der anderen sächsischen Städte bewegt. Sie erläutert, dass die Umstellung auf die Doppik unter zwei Prämissen erfolgt ist. Zum einen sollte erst gestartet werden, wenn es unbedingt notwendig ist und ein Vorbereitungsstand erreicht ist, der einen reibungslosen Übergang ermöglicht. Zum anderen sollte das Projekt so wirtschaftlich wie möglich bewältigt werden. Sie möchte betonen, dass sich auch

nach der Erstellung der Eröffnungsbilanz Folgeinventuren anschließen und es dadurch zu Folgeaufwand kommen wird. Abschließend dankt Sie dem Rechnungsprüfungsamt für die Unterstützung und Begleitung.

Sie fügt hinzu, dass die Summe, welche bei den Forderungen in der Bilanz steht, nicht nur die kameralen Kasseneinnahmereste sind, sondern auch Forderungen an die GAV aus übertragenem Vermögen (Kredite) und Forderungen bezüglich der Abgrenzungen nach Leistungszeitraum (nicht mehr nur Fälligkeitsdatum ausschlaggebend).

Herr Uebel, Leiter Rechnungsprüfungsamt, erläutert, dass eine stichprobenartige Überprüfung der Bilanzposten stattgefunden hat. Er erklärt, dass alle Feststellungen des Rechnungsprüfungsamtes eingearbeitet wurden und der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt wurde. Weiterhin informiert er, dass die Eröffnungsbilanz nach der Beschlussfassung im Stadtrat zur überörtlichen Prüfung an den Rechnungshof gegeben wird (Prüfzeit sechs Monate).

Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE., dankt der Verwaltung, dass der Stadtrat in seiner letzten Sitzung die Eröffnungsbilanz bestätigen kann. Er fragt, was der Ausdruck „wertaufhellende Erkenntnisse“ genau bedeutet. Zudem möchte er wissen, ob bei der Position Kunst die Eigenbetriebe herausgerechnet sind?

Frau Göbel antwortet, dass den Eigenbetrieben das Vermögen, für die Aufgaben die sie erfüllen, zugeordnet wurde. Bezüglich des Begriffes „Wertaufhellungszeitraum“ erklärt sie, dass dies ein Fachbegriff ist und den Zeitraum zwischen dem Bilanzstichtag und der Fertigstellung der Unterlagen beschreibt.

Stadtrat Jäger merkt an, dass er sehr erstaunt darüber ist, dass sich die in der Anlagenübersicht (Anlage 1) dargestellte Summe für Verwaltungsgebäude und somit das Rathaus auf nur 5,6 Mio. EUR beläuft.

Oberbürgermeister Oberdorfer stellt die Frage in den Raum, mit welchem Wert das Rathaus versichert ist? (*nächtägliche Anmerkung lt. Info Hr. Armbruster v. 20.06.14 – Versicherungswert Rathaus 60 Mio. EUR*)

Stadtrat Dieter Rappenhöner, Fraktionsvorsitzender der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, greift die Frage von Stadtrat Jäger auf und merkt an, dass dieser Summe die Kosten für den Neubau des Rathausflügels in Höhe von 10 Mio. EUR gegenüber stehen. Er findet, dass dies in einem Missverhältnis zueinander steht.

Oberbürgermeister Oberdorfer schlägt auf Grundlage dieser Diskussion vor, dass den Fraktionen als Beispiel die Berechnung für ein solches Einzelobjekt zur Verfügung gestellt wird.

Frau Göbel, FBL Finanzverwaltung, stimmt dem zu und wird dies in ihrem Bereich aufbereiten lassen.

Stadtrat Rappenhöner fragt, was sich auf Seite 11 unter der Position „Ausleihungen“ in Bezug auf die Wohnungsbaugesellschaft verbirgt?

Frau Göbel erklärt, dass dies mit dem Parkhaus K&P in Zusammenhang steht. Zudem merkt sie an, dass der Jahresabschluss 2013 nicht zum 30.06. sondern frühestens zum 30.09. fertiggestellt bzw. an das Rechnungsprüfungsamt übergeben werden kann.

Die Mitglieder des Finanzausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage mit der Drucksachennummer 914/2014 einstimmig zu.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen stellt die Eröffnungsbilanz der Stadt Plauen zum 01.01.2013 gemäß Anlage mit einer Bilanzsumme von 587.649.265,84 EUR und einem Basiskapital von 386.952.508,85 EUR fest.

Abstimmungsergebnis: 9 JA-Stimmen; 0 NEIN-Stimmen; 0 Stimmenthaltungen

**4.5. Änderung des Gesellschaftsvertrages der Plauener Straßenbahn GmbH
*Drucksachenummer: 919/2014***

Frau Göbel, FBL Finanzverwaltung, erläutert die Vorlage und erklärt, dass es sich um eine Anpassung an die Änderung in der Gemeindeordnung handelt. Sie erläutert, dass im konkreten Fall nur der Gesellschaftsvertrag der Plauener Straßenbahn vorgelegt wird, da dieser im Gegensatz zu den anderen Gesellschaftsverträgen unmittelbar die nicht mehr gesetzeskonforme Regelung bezüglich der Arbeitnehmerregelung enthält.

Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE., ist mit dieser Vorlage nicht einverstanden. Er erläutert, dass er als bisher tätiger Aufsichtsrat den Betriebsrat als wichtige Quelle empfunden hat, der die Position der Beschäftigten widerspiegelt. Er möchte, dass die Formulierung wieder aufgenommen wird und findet, dass die Arbeitnehmermitbestimmung eine Grundkonstante der sozialen Marktwirtschaft ist.

Stadtrat Benjamin Zabel, SPD-Fraktion, stimmt Stadtrat Jäger inhaltlich zu. Er empfindet dies als eine klar politisch motivierte Gesetzesänderung der Landesregierung. Er merkt an, dass er dem nicht zustimmen wird, jedoch glaubt, dass die Rechtslage schon umgesetzt und im Stadtrat weiterverfolgt werden sollte.

Stadträtin Yvonne Gruber, CDU-Fraktion, merkt an, dass sich die Fraktion noch nicht abgestimmt hat und sie sich deshalb heute enthalten wird. Grund dafür ist auch hier, dass die Arbeitnehmerbeteiligung entfallen soll. Zudem wünscht sie sich, dass die bisherigen Mitglieder in den Aufsichtsratsgremien bleiben können.

Stadtrat Rainer Maria Kett, Fraktionsvorsitzender der SPD-Fraktion, fragt, ob die Bereichsjuristen ggf. Ideen haben und ein Konstrukt finden können, welches darlegt, dass es nicht geht den Arbeitnehmer aus dem Aufsichtsrat auszuschließen. Als Beispiel für eine sehr gute Arbeitnehmerbeteiligung nennt er das Theater.

Frau Göbel informiert, dass es einen intensiven Austausch mit dem Innenministerium und der Rechtsaufsicht gegeben hat. Sie erklärt, dass „soll“ „muss im Regelfall“ bedeutet und nur im Ausnahmefall, z.B. bei ganz besonderer Sachkunde, davon abgewichen werden kann. Sie erklärt, dass das Thema, ob noch ein Arbeitnehmervertreter in die Gesellschaften bestellt werden kann oder nicht, auch Thema der konstituierenden Sitzung ist. Sie schlägt deshalb vor, dass dies nochmal entsprechend aufbereitet wird und eine Rücksprache mit den Juristen erfolgt. Außerdem würde sie auch prüfen, wie schnell die vom Landtag beschlossene Änderung der Gemeindeordnung in den einzelnen städtischen Gesellschaften umgesetzt werden muss.

Stadtrat Zabel fragt, was der Grund dafür ist, dass die Arbeitnehmermitbestimmung entfallen soll?

Frau Göbel erklärt, dass als offizielle Begründung mitgeteilt wurde, dass das Bestimmungsrecht des Stadtrates uneingeschränkt wahrgenommen werden soll.

Oberbürgermeister Oberdorfer lässt die Vorlage wegen der mehrheitlich kritischen Fragen und dem Unverständnis gegenüber der Gesetzesänderung nicht abstimmen und möchte sie auch nicht in die Stadtratssitzung einbringen.

Stadtrat Dieter Rappenhöner, Vorsitzender der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, merkt an, dass zwar eine Umsetzung der Änderung bis zum 31.12.2016 erfolgen kann, er jedoch annimmt, dass bei einer vorherigen Änderung in den Aufsichtsräten, die Umsetzung des Gesetzes erfüllt werden muss.

Oberbürgermeister Oberdorfer bittet Frau Göbel, auch diese Frage mit aufzunehmen.

5. Verschiedenes

Keine Diskussion.

Plauen, den

Plauen, den

Ralf Oberdorfer
Oberbürgermeister

Petra Rank
Stadträtin

Plauen, den

Plauen, den

Luise Dähn
Schriftführerin

Yvonne Gruber
Stadträtin